

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Allseitiges Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Kantorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik usw. ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Preiszelle oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige 10 Pfg., 2spaltige 8 Pfg., 1spaltige 6 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Werbung, unbedingt geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Laufen, zuzüglich Postgebühr. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 77

Dienstag, den 2. Juli 1929

31. Jahrg.

Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft.

Anordnung.

Meine auf Grund des § 3 der dritten Verordnung über die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft vom 13. Oktober 1927 getroffene Anordnung vom 8. Dezember 1927 — L. W. 8598/27 —, nach der in der Stadtgemeinde Kemberg die Vorschriften vom 26. Juli 1923 nebst den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen weiterhin Anwendung finden, hebe ich auf Antrag des Magistrats in Kemberg hiermit auf.

Kemberg, den 18. Juni 1929.
Der Regierungspräsident.
Grüner.

Vorstehende Anordnung ist am 29. Juni bei uns eingegangen. Sie tritt mit dem Tage der Veröffentlichung (1. Juli) in Kraft.

Das städtische Wohnungsamt ist damit aufgehoben. Die Hausbesitzer können über frei werdende Wohnungen frei verfügen. Wir bitten aber dringend, bei deren Vergebung in erster Linie Kemberger Bürger zu berücksichtigen. Wir danken den Mitgliefern des Wohnungsausschusses für die im Interesse der Wohnungssuchenden geleistete langjährige Arbeit. Sie war oft recht undankbar, weil leider viele die Person nicht von der Sache trennen konnten.

Kemberg, den 1. Juli 1929.
Der Magistrat.
Diebe.
Bürgermeister.

Neues in Kürze.

- * Die amerikanische Antarktis auf die französische Demarsh in der Südpolregion ist in Paris eingetroffen und soll absehend laufen.
- * Nach Londoner Berichten hat sich Frankreich widerstrebend bereit erklärt, London als Tagungsort der internationalen Konferenz anzunehmen.
- * Die verschollenen spanischen Ozeanflieger sind wohlbehalten aufgefunden worden.
- * Reichslandwirtschaftsminister Dietrich entwickelte vor der Presse sein Hilfsprogramm für die Landwirtschaft.
- * Der Deutsche Industrie- und Handelsrat in einer langen Rundgebung seinen Standpunkt zum Young-Plan formuliert.

Sturmjahren im Reichstag.

Die Erklärung des Republikstuhls abgelehnt. Im Reichstag kam es bei der Abstimmung über die Verlängerung des Republikstuhlsgesetzes zu hitzerührenden Zwischenfällen. Für die Verlängerung des Gesetzes wurden 263, dagegen 166 Stimmen abgegeben. Unter Befehl des Reichspräsidenten, der die Abstimmung nicht zuließ, wurde die Abstimmung abgelehnt. Das Republikstuhlsgesetz tritt dann am 22. Juli außer Kraft.

Reichsinnenminister Seevering meldete sich sofort zum Wort und erklärte, daß durch die Ablehnung eine Lücke entstanden sei, die auszufüllen angeht die Gesetzentwürfe in Deutschland unerlässlich sei. Er werde bei Wiedereröffnung des Reichstages eine neue Vorlage einbringen. Von den Kommunisten und Nationalsozialisten wurden die Ausführungen des Ministers mit tosendem Lärm beantwortet.

Zwölfstündige Besprechungen wurden dem Minister zugeordnet, namentlich von den Nationalsozialisten. Es drohte sich ein Handgemenge zu entwickeln. Unter großer Erregung im ganzen Saale unterbrach Vizepräsident Graef die Sitzung.

Seevering verweist auf Artikel 48.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wies Reichsinnenminister Seevering darauf hin, daß auch die Weimarerparlament, die jetzt das Gesetz zum Schutze gebracht habe, ihn in seiner Eigenschaft als preussischer Innenminister ermahnt habe, in unruhigen Zeiten für den Schutz des Mittelstandes einzutreten.

Die Reichsregierung werde auch künftig dem Treiben der Kommunisten und Nationalsozialisten nicht tatenlos zusehen. Wenn dies die Waffe dieses Spezialgesetzes vorübergehend aus der Hand genommen sei, werde sie sich daran erinnern, daß auch die Verfassung noch bestehen bleibt, und im Augenblicke der Gefahr auf Artikel 48 zurückgreifen.

Von den Sozialdemokraten wurde diese Erklärung mit förmlichem Beifall und Händelklatschen aufgenommen, während die Kommunisten „Nieder!“ und „Rot Front!“ riefen.

Protest gegen die Kriegsschuldfrage.

Der Reichstag schloß dann in einer Resolution seine Verhandlungen ab und eine in die Sommerferien. Die

Widerruf der Kriegsschuldfrage.

Aufruf des Reichspräsidenten und der Reichsregierung. — Berlin, 28. Juni.
Der Reichspräsident und die Reichsregierung haben zum 28. Juni folgenden Aufruf erlassen:

An das deutsche Volk.

Der heutige Tag ist ein Tag der Trauer. Zehn Jahre sind verlossen, seit in Versailles deutsche Friedensunterhändler gezwungen waren, ihre Unterschrift unter eine Urkunde zu legen, die für alle Freunde des Rechts und eines wahren Friedens eine bittere Enttäuschung bedeutete. Zehn Jahre laßt der Vertrag auf allen Schichten des deutschen Volkes, auf Geistesleben und Wirtschaft, auf dem Werk des Arbeiters und des Bauern. Es hat zäher und anstrengender Arbeit und einmütigen Zusammenstehens aller Teile des deutschen Volkes bedurft, um wenigstens die schwersten Auswirkungen des Versailles Vertrages abzumildern, die unser Vaterland in seinem Dasein bedrohten und das wirtschaftliche Gedeihen ganz Europas in Frage stellten.

Deutschland hat den Vertrag unterzeichnet, ohne damit anerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei. Dieser Vorwurf läßt unser deutsches Volk nicht zur Ruhe kommen und löst das Vertrauen unter den Nationen. Wir wissen uns eins mit allen Deutschen in der Zurückweisung der Behandlung der alleinigen Schuld Deutschlands am Kriege und in der festen Überzeugung, daß dem Gedanken eines wahren Friedens, der nicht auf Diktaten, sondern nur auf der übereinstimmenden und ehrlichen Uebereinkunft freier und gleichberechtigter Völker beruhen kann, die Zukunft gehört.

Berlin, den 28. Juni 1929.

Der Reichspräsident.

gez. v. Hindenburg.

Die Reichsregierung.

gez. Müller, gez. Stresemann, gez. Groener, gez. Curtius, gez. Dr. Wirth, gez. Dr. Schäfer, gez. Wiffell, gez. Dr. Sildberg, gez. Seevering, gez. Dietrich, gez. v. Guertel, gez. Dr. v. Siegelwald.

Wichtigste Nachrichten über den Verhandlungsstand und die Ermächtigung zur Inkraftsetzung einer deutsch-französischen Vereinbarung wegen des Wechsels von dritter Leistung und in der Schlussabstimmung angenommen. Ebenso wurde der Etat mit 243 gegen 152 Stimmen bei einer Enthaltung einstimmig verabschiedet.

Präsident Wöbe schloß die Tagung des Reichstages mit einer Rundgebung zur Erinnerung an das vor zehn Jahren abgeschlossene Versailles Friedensabkommen.

Der Reichstag, so erklärte er, den vor zehn Jahren die deutsche Regierung gegen die Verschuldung von der Allieierten Deutschlands am Kriege erhoben habe, welche auch heute noch fort.

Auch sonst mehren sich in der ganzen Welt die Stimmen, die sich gegen die Verschuldung wenden. Der Präsident gab der Hoffnung Ausdruck, daß es der weiteren Aufklärung gelingen möge, recht bald die Beteiligung dieser Verschuldung zu bringen. Die Abgeordneten hatten sich während der Erklärung von den Wänden erhoben, während die Kommunisten den Saal verlassen. Der Präsident erhielt am Schluß der Sitzung, die ununterbrochen 15 Stunden bis 1 Uhr morgens gedauert hatte, die Ermächtigung, den Reichstag für eine Spätsitzung, deren Termin noch nicht feststeht, einzuberufen.

Haushalt 1929 angenommen.

Die Zustimmung des Reichsrates. Der Reichsrat beschloß sich mit dem Beschluß des Reichstages zum Haushaltsjahr 1929. Der Reichsrat beschloß, den Beschluß des Reichstages und seinen Einpruch einzulegen.

Der Berichterstatter, Ministerialdirektor Dr. Wöbe, gab einen Überblick über die Beschäfte des Reichstages der auf den größten Teil der Generalkonferenzen verlagert und hat dessen Kitzungen am Haushalt und andere Maßnahmen zur Verfügung gestellt.

„Räumt endlich deutschen Boden!“

Die große Rundgebung der bürgerlichen Parteien in Köln. — Köln, 28. Juni.

Die Deutsche Volkspartei, die Zentrumspartei, die Deutsche Demokratische Partei sowie die Reichspartei des deutschen Mittelstandes hatten die Kölner Bevölkerung am Vorabend des zehnten Jahrestages der Unterzeichnung des Versailles Vertrages zu einer Rundgebung gegen die Kriegsschuldfrage auf dem Domplatz aufgerufen.

Tausende, Kopf an Kopf, füllten den weiten Platz vor dem Dom, dicht gedrängt nach der Zugangsstraße zum Dom verlaufend. Die oberen Klänge der Schallorgel, die vom Rhein herüber das Saal, ein Gewaltiges brüllte über

den Platz dann, vom Kölner Männergesangsverein gesungen der Chor „Flamme empor“.

Sobald gab der Stadtverordnete der Zentrumspartei Schöner in kurzen Umrissen ein Bild der großen weltgeschichtlichen Ereignisse der letzten 15 Jahre. Er erinnerte an die furchtbare Zeit, die mit der Besetzung über das Rheinland heringebrochen war, und an die schweren Kämpfe in der Zeit der Herrschaft der Separatisten. Er führte dabei aus: „Indem wir laut und feierlich ein Bekenntnis zum ehelichen Frieden ablegen, weisen wir mit Heftigkeit darauf hin, daß die Welt immer noch in diesen furchtbaren Tagen die Verantwortung für den Weltkrieg trägt. Wir verlangen die Abrüstung der anderen. Große Teile des Rheinlandes leiden noch heute unter der fremden Besatzung. Macht die Bahnhöfe zu wirklicher Verdrängung! Räumt endlich deutschen Boden!“

Der Redner erhob sodann feierliche Verwahrung gegen die im Friedensvertrag eindeutig festgelegte Schuld des deutschen Volkes am Weltkrieg. Er erhob die Forderung nach einer Revision des Vertrages von Versailles, der mit der Schuldbestimmung flehe und falle. Brauende Zustimmung aus der Menge zeigte die Einheit der Rheinländer in diesen Forderungen. Am Schluß seiner Rede führte er aus: „In Freiheit und Gerechtigkeit wollen wir unter Reich bauen, bereit zum friedlichen Wettkampf mit den Völkern der Erde. Herr, mach uns frei!“

London aufs höchste überrascht.

London, 29. Juni.

Der Beschluß der französischen Regierung, kurz vor dem Zusammentritt der diplomatischen Konferenz und vor dem Fälligkeitstage der französischen Schuldentilgung an die Vereinigten Staaten die Aufnahme neuer Verhandlungen mit Washington zu veranlassen, hat in London überrascht überfallen.

Die Morgenblätter nehmen wegen der Kürze der Zeit zu diesem neuen Schachzug noch keine Stellung, daß sie nicht daran zu zweifeln, daß sie wie auch weitest politische Kreis in England der in den verschiedenen Pariser Berichten zum Ausdruck kommenden Ansicht zustimmen, daß es sich hierbei um einen von der Kammer der Regierung aufgegebenen Schachzug handelt.

Belgrads feststehende, wie verschiedentlich betont wird, nicht an einen Erfolg dieser neuen Bemühungen.

Die Nachrichten aus Washington, über die man in London verfügt, scheinen diese Ansicht vollumfänglich zu bestätigen. Die Festigkeit, die man in Washington dem französischen Vorstoß gegenüber nach dieser Ansicht zeigen wird, würde den Franzosen in gleichem Ausmaß begegnen, wenn sie einen Versuch unternehmen wollten.

auch die Ratifikation des Abkommens mit England zu verhindern oder eine Wänderung dieses Abkommens zu erreichen.

Frankreichs Amerikaschulden.

Die französische Kammer wünscht Verhandlungen über Hinausziehung des Verfallstermins mit Amerika.

Die französische Kammer hatte sich am Schluß ihrer Sitzung mit der Beschließung des Datums für die Beratung der Interpellationen über die Kartifizierung der interalliierten Schuld abkommen zu befassen.

Ministerpräsident Poincaré verlangte, daß die kolonialen Interpellationen weiterberaten und die Anfragen über die Kartifizierung zurückgestellt werden, da die Arbeiten der Kammerauschüsse für Finanzen und auswärtige Angelegenheiten noch nicht abgeschlossen seien. Hierauf stellte unter großer Zustimmung des Hauses Francin-Bouillon den Antrag, die Regierung solle mit der Regierung der Vereinigten Staaten neue Verhandlungen über die Verschließung des Verfallstermins für die amerikanischen Kriegsschulden vom 1. August auf den 31. Dezember eröffnen. Da dieser Antrag von allen Parteien mit ungeheurer Beifall angenommen wurde, sah sich Ministerpräsident Poincaré zu der Erklärung veranlaßt,

daß er zu solchen Verhandlungen bereit sei, wenn er sich auch wenig Erfolg davon verspreche.

Er verlangte nur die Überweisung des Antrages Francin-Bouillon an den Finanzausschuß der Kammer. Ein Antrag Leon Blum, in die Interpellationsausrede der Kartifizierungsgesetze einzutreten, wurde, ohne daß die Regierung die Vertrauensfrage gestellt hätte, mit 476 gegen 118 Stimmen abgelehnt. Die Kammer beauftragte den Finanzausschuß, sofort zur Beratung des Francin-Bouillonnischen Antrages zusammenzutreten.

Die Nachsicht.

Die Kammer nahm in der folgenden Nachsicht, die um 0.15 Uhr zu Ende ging, den von ihrem Finanzausschuß ausgearbeiteten Antrag Francin-Bouillon, der die Regierung um neue Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten zum Hinauschieben des Fälligkeitstermins vom 1. 8. ersucht, durch Sonderbescheid an. Die Abgeordneten Chappelle und Paul-Boncourc erklärten im Namen der Ausschüsse für Finanzen und auswärtige Angelegenheiten deren Zustimmung zu dem abgeänderten Antrag Francin-Bouillon, selbst im Hinblick auf die Fälligkeit des Antrages republikanischer und früherer Unterstaatssekretärs für Finanzen im Kabinett Caillaux, Francois Pietri, zurückzuführen sind.

Gegen die Schuldflüge.

Die Berliner Demonstrationen.
Berlin, 29. Juni.

Die Berliner Kundgebungen gegen die Kriegsschuldflüge anlässlich der zehnten Wiederkehr des Unterzeichnungsabkommens von Versailles nahmen unter Beteiligung einer nach vielen Zehntausenden zählenden Menge einen eindrucksvollen und unglücklichen Verlauf.

Sowohl bei der Massenfundgebung im Stadion wie bei den von naturgemäß weniger großen Menschengruppen besuchten Versammlungen in geschlossenen Räumen traten beide Parteien an die Seite aller staatsbegehenden Parteien mit gleicher Energie gegen die Verleumdung der deutschen Öffentlichkeit am Krieges auf.

Die aus dem Ausland vorliegenden Äußerungen zeigen — abgesehen von der erwarteten Geringschätzung in Paris — daß die Befürchtung, die deutschen Demonstrationen könnten die Vorkämpfer für die kommende diplomatische Konferenz beeinträchtigen, unbegründet war.

„Zurück zum Reich!“

Gewaltige Kundgebungen im Saargebiet.

□ Saarbrücken, 28. Juni.

Unter der Parole „Zurück zum Reich“ veranstalteten die politischen Parteien des Saargebietes zwei große Kundgebungen, an denen sich viele tausend Menschen beteiligten. Die Veranstaltungen legten beides Zeugnis dafür ab, daß sich die Saarbevölkerung stärker denn je mit dem übrigen Reich so innig verbunden fühlt.

An den verschiedenen Neben wurde die baldige Wiedervereinigung des ganzen Saargebietes mit Deutschland ohne Kompromisse irgendwelcher Art gefordert. Zum Schluß wurde eine Kundgebung in der es heißt: Die hier verammelten nach Tausenden zählenden Männer und Frauen aus allen Ständen und Gegenden des Saargebietes rufen im Namen der ganzen Saarbevölkerung an die Welt den einmütigen Appell, der Saarbevölkerung endlich nationale Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Sie fordern die Völker und Staatsmänner der Welt eindringlich und ernst auf, baldigst dem Saargebiet die politische und wirtschaftliche Wiedervereinigung mit dem deutschen Reich ohne jeden Vorbehalt zu ermöglichen. Rheinlandräumung muß zugleich Rückgliederung des Saargebietes werden; Gerechtigkeit und Völkerfrieden verlangen das.

London doch Konferenzort?

Frankreich gibt widerwillig nach.

□ London, 29. Juni.

Die Antwort der französischen Regierung zu der Frage des Konferenzortes, die dem Londoner französischen Volschaffter übermittelt worden war, ist jetzt überreicht worden. Weder ist der Inhalt ist offiziell bekannt, doch wird in politischen Kreisen bestimmt angenommen, daß die französische Regierung ihre Einwände gegen London, wenn auch unter normaler Begründung ihres bisherigen Standpunktes, fallen ließ und daß London als Konferenzort annimmt. Gutinformierte Pariser Meldungen bestätigen diese Auffassung.

Man hofft, daß die Konferenz Ende Juli und nicht erst Anfang August einberufen werden kann. Der britischen Regierung würde zweifellos ein Konferenzbeginn kurz nach Auflösung des Parlaments, also nach dem 20. Juli, am angemessen sein.

Auf jeden Fall würde man hier eine Verlesung bis zum August zu vermeiden suchen, weil man befürchtet, daß ein so später Konferenzbeginn das Auftreten des Young-Planes am 1. September gefährden oder unnötig erschweren könnte.

Es wird damit gerechnet, daß der neue amerikanische Botschafter Dames, wie seinerzeit Kellogg bei der Dames-

Konferenz, als „amerikanischer Beobachter“ den Verhandlungen folgen wird. Man befürchtet, daß neben der eigentlichen Reparations-, Räumungs- und der Saartfrage auch die Regelung der Schulden Frankreichs an England und Amerika große Schwierigkeiten bereiten wird.

England wird wahrscheinlich den Young-Plan nur unter der Bedingung ratifizieren, daß Frankreich die notwendigen Reparationen zur Ratifizierung des Churchill-Collingswood-Abkommens gibt. In einem Leitartikel begrüßt „Daily Telegraph“ den Entschluß der französischen Regierung, London als Konferenzort anzunehmen. Als die Crux der bevorstehenden Konferenz bezeichnet das Blatt die Räumungsfrage.

Frankreichs Schritt in Washington.

Amerika besteht auf seinen Schein.

□ Newport, 29. Juni.

Entsprechend dem Weislich aus der Nachführung des französischen Kammer, hat Frankreichs Volschaffter in USA, der auch in Deutschland sowohl als Diplomat wie auch aus der Zeit seiner Tätigkeit als französischer Generaloffizier in Frankfurt a. M. wohlbekannte Paul Claudel, im Weissen Haus und beim Staatssekretär des Meeres, Schifffahrt, vorgelesen, um Frankreichs Wunsch nach sofortigen erneuten Verhandlungen in der Schiedsgerichtsbarkeit.

In amtlichen amerikanischen Kreisen weißt man darauf hin, daß das amerikanische Parlament im Augenblick in den Ferien weilt und daß die amerikanische Verfassung nicht zulasse, die in Frage stehende Tätigkeit der französischen Schuld hinauszufragen, ohne den Kongress vorher zu betragen. Hoover besäße zwar die Vollmacht, um den Kongress zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen; Schuldenfrage sei es jedoch mehr als zweifelhaft, ob Hoover eine solche Verantwortung übernehmen würde.

Amerika sagt nein!

Seine Antwort in Paris eingetroffen.

□ Paris, 29. Juni.

Dem Ministerat ist während seiner Verantwortung über die Reparations- und Schuldenfrage die Antwort des Botschafters in Washington auf den beim amerikanischen Staatssekretär unternommenen Schritt zugegangen.

Die Regierung hat sofort den Finanzauschuss und der auswärtigen Ausschuss der Kammer gebeten, Sitzungen anzuberaumen. Für danach hat die Regierung ein offizielles Communiqué anfertigelt, in dem die amerikanische Antwort mitgeteilt werden wird.

In der Kammer war das Gerücht verbreitet, Poincaré werde nach Eintreffen der ablehnenden Antwort demissionieren.

Der Präsident der Republik würde dann mit der Regierungsbildung nochmals Poincaré betrauen, der sein Kabinett auf neuer Grundlage zusammensetzen würde. Seine Aufgabe wäre es Poincaré ermöglicht, die Kritik durch ein Verbot auszuführen, die der Ministerpräsident nach wie vor einer Ratifizierung durch die Kammer vorbehalte. Die Wünsche über eine bevorstehende Umbildung des Kabinetts werden jedoch im „Echo de Paris“ für unbegründet erklärt. Poincaré hat vor den vereinigten Kammern auszusprechen über den Finanz- und Auswärtigen über das Telegramm zu sprechen, auf das hin Botschafter Claudel geschickt hat. Das Telegramm ist noch nicht zu verstehen. Es begründet die Notwendigkeit eines Aufschubs des Fälligkeitstermins für die Handels Schuld damit, daß das französische Parlament Zeit haben müsse, vorher die Ergebnisse der internationalen Konferenz kennen zu lernen, die sich über den Young-Plan aussprechen soll.

Dann wird noch einmal berichtet, daß Frankreich niemals die Absicht gehabt habe, seine Schulden an Amerika nicht zu bezahlen. Die Kommissionsmitglieder haben einstimmig den Text dieses Telegramms gebilligt.

Dem Landwirt soll Hilfe werden.

Reichsernährungsminister Dietrich über sein Landwirtschaftsprogramm.

□ Berlin, 29. Juni.

Vor einem Kreis von Pressevertretern äußerte sich Reichsernährungsminister Dr. Dietrich abschließend über das Landwirtschaftsprogramm der Regierung nach dem Stande der letzten Reichstagsbeschlüsse.

Im Interesse der Regulierung der Getreidepreise sei es gelungen, durch Aufhebung der Zwischenzölle, die am 10. Juli in Kraft treten soll, die Zollsätze für Roggen von 5 auf 6 Mark für die Vertragsländer und auf 7 Mark für die Nichtvertragsländer zu setzen. Weizen von 5 auf 6,50 Mark beim 100 Mark.

Der Weizenzoll wird von 11,50 Mark auf 12,50 Mark erhöht.

Der autonome Zoll ist 18,75 Mark. Durch die Kündigung des Handelsvertrages mit Schweden vom 15. Februar 1930 ist zunächst der Weg frei geworden für das Inkrafttreten der autonomen Getreidezölle. Hinzukommt die Aufhebung der Weizenzollbindung in dem Vertrage mit Frankreich. Es ist ein Ermächtigungsgesetz zur vorläufigen Inkraftsetzung der neuen Vereinbarung mit Frankreich und zu einer neuen autonomen Zwischengeldregelung für Weiz (unter Aufrechterhaltung des bisherigen Verhältnisses des Vertragslandes zwischen Getreide und Weiz) auf der Grundlage von 14,50 Mark (gegenüber bisher nur 11,50 Mark) beschlossen worden. Wichtig ist, daß der Wert von 14,50 Mark eingeführt worden ist, wobei der Reichsernährungsminister ermächtigt ist, notfalls von sich aus den Weizmaßungssatz einzuführen.

Der Vermählungszwang zwingt die Mühlen zum Mahlen innerdeutscher Getreides nach bestimmten Richtlinien; der Weizmaßungszwang würde einen Zwang zur Weizmaßung von innerdeutschem Getreide zur ausländischen Getreide liefern — ein Zwang, der natürlich einen ausgedehnten Kontrollapparat benötigen würde. Der Minister hofft, daß es ohne den Weizmaßungszwang abgehen können, er ist aber bereit, jederzeit und ohne große Anfechtung auch zum Weizmaßungszwang zu schreiten, wobei auch der Kontrollapparat sofort einleiten würde.

Nach Ansicht des Reichsernährungsministers sind die nun durchgeführten Maßnahmen durchaus in der Lage, im Rahmen eines großzügigen Programms der Förderung des niedrigeren deutschen Landwirtschaftsstandes, dessen Notwendigkeit nicht im Augenblick nach vertragsmäßige Bindungen dem entgegensteht.

Die neuen Bestimmungen für Kontrollen werden eine Einschränkung nahezu unmöglich machen. Die Frage des Getreidemonopols ist nach Ansicht des Ministers nicht parteipolitisch, sondern an inneren Unmöglichkeit eines solchen Monopols und der praktischen Unführbarkeit trotz bester Theorien zu liegen. In den nächsten Tagen wird er sich in allen Maßnahmen vor allem darauf angehen, einen im Sinne der deutschen Ernährungsverwaltung notwendigen Mittelweg einzufinden, wobei selbstverständlich auch zu berücksichtigen sein werden, daß zum Teil der deutschen Bevölkerung aus Verbrauchersicht besteht.

Aus dem In- und Auslande.

Verbindlichkeitsklärung für den obersteilischen Steintohlen- und für den Ruhrbergbau.

Berlin, 30. Juni. Der Reichsarbeitsminister hat gegen den Lohnschlichtungsprozess für den obersteilischen Steintohlenbergbau und den Schiedsprozess über den Mantelbau und über das Mehrarbeitabkommen für den Ruhrbergbau verbindlich erklärt.

Verhandlungen zwischen China und dem heiligen Stuhl. Peking, 29. Juni. Der Vertreter des päpstlichen Stuhles in Peking hat mit China Verhandlungen über den Abschluss eines Abkommens aufgenommen. Außenminister Wang versichert dem päpstlichen Vertreter, daß seine Regierung die Beziehungen zum Vatikan regeln wolle.

Trübsinn in Russland

Roman von Rosa Porte

(22. Fortsetzung.) (Ullrich-Verlagsgesellschaft, Berlin)

Wenn die kleine Gesellschaft — von bekannten Solisten waren es die Wofetti, Frau Helmer, die glückliche Bant-Beamen-Mutter, Baumann und Friedrich Heinenmüller, der bisher dem „Deutschen Theater“ angehört hatte — in beglückter Ruhe auf der heiligen Terrasse das Frühstück eingenommen hatte, fuhren, so gegen zehn Uhr, die Autos vor. Der Anführer der wagen Besuche war immer ein Ereignis für die Bediensteten und namentlich für deren Kinder. Im ersten Wagen nahmen Thea und Kramer Platz, im zweiten die übrigen Darsteller. Ein dritter Wagen beförderte den Fotografen Bender, Theatermeister Zellwag und elfische Geiseln.

Schon am zweiten Tage ihres Aufenthaltes gesellte sich zu den drei Autos eine ganze Anzahl mehr oder weniger flatter Geiseln, die den größten Teil der Bediensteten nach dem Platz der Aufnahme brachten. War es doch für sie eine erlösende Zeit, den Aufnahmen zuzusehen und den neuen Filmstar zu sehen, von dem man jetzt so viel sprach, aus der Wäse betrachten zu können.

Kramer, dem es ungemünzt schmeichelte, sich vor den gefandenen Zuschauern, zu denen sich gar bald auch die barfüßige Dorfnähe und ein paar ältere Leute, die nicht mehr zum Hüßigang hinausfahren konnten, gesellen, als der Leiter des Ganzen zu zeigen, fluchte und weinerte herum, daß es eine Art hatte. Bald schnauzte er einen Bengel an, der dem folitaren Aufnahmepaarplatz zu nahe gekommen war, bald ergoß sich die Seele seines Jannes über den Theatermeister, der die ewigen Veränderungen an den Requisiten, wenn sie auch noch so genau nach den Angaben des Herrn Regisseurs angefertigt waren, nachgerade gewöhnt war und alles wie ein unabwehrbares Fatum über sich ergehen ließ.

Hier draußen war man natürlich von dem Stand der Sonne und den die Verhältnisse beeinflussenden Wolken und Wäldchen abhängig. Wenn eine Szene genau durchgeprobt war — was bei dem Ansehen der Statisten, die Kramer aus den Bewohnern des Dorfes gewählt hatte,

eine sehr mühsame und zeitraubende Arbeit bedeutete — und dann endlich — endlich „gedreht“ werden sollte, erhob der Fotograf mit lauter Stimme Einpruch. Die Geiseln seien völlig im Schatten, wozu sich der Herr Regisseur selbst überzeugen könne, es sei in dem ganzen Bilde „nichts da“, und es bedürfe eines Zweifel im matten, fast unbrauchbaren Negativ, wenn er nicht abwartet, bis die Sonne aus den zickenden Wolken hervorstrahlt...

Alles blickte zum Himmel auf, man berechnete nach der Windstärke und der Dichte der drohenden aus dem Westen aufziehenden Wand, wie lange der Aufenthalt während fenne, und zerstreute sich in kleine Gruppen. Am Thea sammelte sich ein dichter Schwarm begeisterter Verehrer, die sich gegenseitig in Aufmerksamkeiten überboten. Jeder war glücklich, wenn sie gerade seinen Stuhl, den er aus irgend einem Nachbargarten herangeholt hatte, mit gnädigem Dankeswort annahm, oder wenn es ihm gelang, sein Feuerzeug unter ihre Zigarette zu halten.

Wenn dann die Kraft der sommerlichen Sonne die Wolken zerrissen und Kramer als Jenseits dem Beginn laut in die Hände klatschte, traten die Arbeiterinnen beiseite und, in sehen, lag, behaglich im Sonne lagernd, das „Theater“ an, auf die nächste Unterredung wartend, die infolge der wechselläufigen Witterung an der Meeresküste ja ohnehin bald eintreten würde.

Im die Mittagszeit verließ sich gewöhnlich der Schwarm der Gaffer ein wenig, und nur die hartnäckigsten Entschlossenen blieben da. Kramer hatte nach einer Besprechung mit den Solisten die Anordnung getroffen, daß man bis drei, halb vier Uhr durchdauern sollte, um den Rest des Tages ganz für sich zu haben. Wenn sie dadurch auch allein spielen mußten und die Aufmerksamkeit zu haben, die Aufmerksamkeit, nach der Aufnahme tun und lassen zu können, was sie wollten, enthielt sie reichlich dafür. Namentlich auch auf den Sanzabenden, die drei bis viermal in der Woche von dem rührigen Lagerverein veranstaltet wurden, der schon nach wenigen Tagen Thea zu seinem Ehrenmitglied ernannte, waren die Zuschauer unbeschränkt. Heinenmüller und Baumann waren die beliebtesten Tänzer, von dem Erfolg, den Thea erntete, ganz zu schweigen.

Gegen Ende der zweiten Woche ihres Aufenthaltes sah das Wetter, das bis dahin sich leidlich gehalten hatte, um, und als Kramer eines Morgens das Fenster öffnete,

prüllte ihm ein feiner Regen entgegen. Schwer und grau hingen die Wolken auf das bleibende Meer herab, und kein Lichtschein zeigte sich. Er war sehr verstimmt, denn die paar hundert Meter, die er bisher hatte „drehen“ lassen, waren ein recht befriedigendes Resultat für fast vierzehn Arbeitstage. Man nun jetzt eine längere Zeit erzwungener Untätigkeit dazu, konnte er leicht mit Redmann, den er sehr auf den Vorteil der Firma bedacht wußte, in unangenehme Erörterungen geraten.

Als er, später als gewöhnlich, auf der jetzt von einer wasserdringenden Zelleinwand überpflanzten Terrasse zum Frühstück erliegen, gab es bereits in Strömen, und die Hoffnung, daß der Regen nachlassen könne, laut unter dem Punkt. Mithrumig und freilich nicht die Bedenke auf dem, was ihnen bisher besprochen hatten, Kramer wurde auch in der Gede aufgehängte Barometer und schüttelte dann bedenklich den Kopf. Man langweilte sich zum Sterben, und so fand Kramer Vorsatz, daß er bei Tisch machte, am Abend ein improvisiertes Fest zu veranstalten und lebende Bilder angucken der Dirsamen zu stellen, begeisterten Anhang.

Es war selbstverständlich, daß man ihm, als dem Vater dieses glorreichen Gedankens, die Anordnung überließ.

Sofort nach Tisch ging er mit Thea und den Kollegen daran, das Programm aufzustellen. Die Gäste, die man zur Mitwirkung heranzog, erählten denen, die das als „Bureau“ gewählte Billardzimmer belegen, die Wälder, die da vorbereitet wurden, Kramer wurde auch mit dem, was ihnen bisher eingekauft war, recht zufrieden sein, nur in einem Punkte fauler es; man konnte niemanden finden, der die begleitende Wäse zu den Bildern zusammenstellen und spielen konnte. Heinenmüller, der, wie man wußte, am Klavier mehr als Durchschnittsbildant leistete, klümperte abfällig so erdärmlich, als sich nach unüberlicher Wäse aus Instrumenten hatte üben lassen, daß man auf ihn verzichten mußte. Um nichts auf der Welt hätte der eitle Wäse sich mit der begleitenden Rolle des begleitenden Müfflers begnügt, während Baumann, sein Rivale im Leben und auf der Bühne, gefeiert auf dem Podium stand.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Nah und Fern.

Bremen. Das Einbuden des Lloyd dampfers „Bremen“. Der Turbinenschiffdampfer „Bremen“ des Norddeutschen Lloyd hat von Bremerhaven die Reise nach Southampton angetreten, wo das Einbuden in das 6000-Tonnen-Schwimmbad am Montag, dem 1. Juli, morgens 6 Uhr erfolgen soll. Der deutsche Kapitän „Eagle“ wird etwa um die gleiche Zeit wie die „Bremen“ von Alsternahaus auslaufen, um das Schiff während der Fahrt eine Strecke zu begleiten und einigen an Bord befindlichen Filmoperatoren die Möglichkeit zu geben, die „Bremen“ in voller Fahrt zu turblen.

Schlau in Rommern. Zum 21. Mai Mutter. Die 44 Jahre alte Ehefrau des Landarbeiters Heber hat ihrem 21. Kinde das Leben geschenkt. Sieben sind davon gestorben, so daß jetzt noch 14 am Leben sind.

Reichenbach. Schwere Motorradunfall. In der Nähe der „Ende“ hat sich ein schweres Motorradunglück zugetragen. Zwei verheiratete Männer, der 29 Jahre alte Schneider Arthur Hehr und der 32 Jahre alte Maler Paul Lobe, fuhren nach einem Vergnügen mit dem Motorrad, das von Hehr gefeuert wurde, von Reichenbach nach Neuwart. In der Nähe der „Ende“ fuhr Hehr, wahrscheinlich infolge des herrschenden Nebels, in den Straßengraben. Beide wurden vom Rade gestoßert und erlitten so schwere Verletzungen, daß sie bald nach dem Unfall starben.

Danzig. Gestörte Brunnenvergifter. Polnische Photographen versuchten, vor der Danziger Warrentische einen Film anzusehen, in dem Schaulpieler in polnischen Uniformen auftraten. Das Publikum, das darin eine Fälschung des deutschen Charakters von Danzig sah, nahm eine drohende Haltung ein, so daß die Polier einziehen mußte und die Schaulpieler in Schutz genommen.

Wißheim a. d. R. Dazu waren sie nicht bei m. t. Im Duisburg-Ruhrorter Hafen sind 3800 Tonnen Schrott eingetroffen — die letzten Reste der früheren deutschen Panzerkreuzer „Sindenburg“ und „Moltke“. Sie werden jetzt in den Häfen des Ruhrgebiets, in denen einst Panzer und Ausrüstung der Schiffe entstanden sind, eingeschmolzen.

Gefährliche Pflanzen.

Commerzhanne und Fenzzeit loden Jung und Alt hinaus ins Freie zu Wanderungen durch Feld und Aue. Die Freude an der Natur stellt sich dabei auch anderen Kindern mit, und im kindlichen Uebermaß sind sie oft geneigt, nicht nur allerlei Blumen zu pflücken, sondern auch ihre Stengel oder Blätter in den Mund zu nehmen. Eine solche Unfuge, deren sich gelegentlich auch Erwachsene schuldig machen, kann indessen für die Gesundheit recht erhebliche Nachteile haben, denn nicht jede Blume, die auf dem Felde oder im Walde wächst, ist frei von Giftstoffen. Am bekanntesten ist die Giftigkeit des Gabelzorns, das bei Kindern, besonders bei Vergiftungserscheinungen, ausgelöst werden können. In ähnlicher Weise wirkt die Tollkirsche, die speziell im Walde häufig mit anderen Früchten verwechselt und von Kindern abgenusset wird. Die schlimme Wirkung des Schierlings ist unter anderem auch an der Giftigkeit bekannt. Fingerhut und Maiglöckchen enthalten ein in der Medizin verwendbares Gift, das bei unvernünftigen Sündenblut-Nehmen der betreffenden Pflanzen gleichfalls erhebliche Verletzungen auslösen kann.

Als Gierpflanze erweist sich die Primel allgemeiner Beliebtheit. Soweit es sich dabei um unsere einheimischen, gelben Primeln handelt, besteht dabei keine Gefahr, wohl aber ist die japanische und östliche Primel, die meist in Töpfen gezogen wird, als Giftpflanze zu betrachten. In den an der Antarktis der grünen Blätter stehenden Drüsenhaaren der japanischen Primel befindet sich ein Giftstoff, der schon bei der bloßen Berührung mit der Hand, etwa beim Abbrechen der Blätter, austritt und meist nach Stunden, aber selbst noch nach Tagen, Rötung und Schwellung der Haut, Blasenbildung, so schließlich Fieber und ernste Krankheit herbeiführen kann. Auch Augen und Nasenschleimhaut, die beim Niesen an dieser Blume mit den Giftstoffen in Berührung kommen, können dabei erkranken.

Es ist deshalb notwendig, vor jeder Berührung mit der japanischen farbigen Primel sich in acht zu nehmen und ganz allgemein Spaziergänger und Kinder davor zu warnen, Pflanzen, die ihnen nicht genau bekannt sind, zu pflücken oder gar in den Mund zu nehmen.

Das Museum ist täglich von 10—12, Sonntag bis 4 Uhr zu besichtigen.

Gerettet!

Die spanischen Ozeanflieger lebend aufgefunden. Major Franco und seine Begleiter, fünf lebend aufgefunden worden. Bei der britischen Admiralität ist von dem Flugzeugmutterer „Eagle“, das sich seit mehreren Tagen an der Suche nach den Vermissten beteiligte, folgender Junkspruch eingegangen:

„Das Dornier-Wal-Flugzeug der spanischen Flieger ist in einer Lage 36,28 Grad nördlicher Länge und 26,14 Grad westlicher Breite von der „Eagle“ gefischt worden. Das Flugzeug ist nur sehr wenig beschädigt. Die Besatzung befindet sich wohl.“

Major Franco war mit seinen Begleitern bekanntlich von Cartagena aus zum Flug nach Neuport über die Azoren aufgebrochen und bisher von vielen Seiten vergeblich gesucht worden. Man hatte auch daran gedacht, den deutschen Zepplin zur Hilfeleistung und Abreise der Meere mobil zu machen.

6 Jahre Gefängnis für Friedländer.

Volle Anrechnung der Unterjuchungsfrist.

Berlin, 28. Juni.

Im Totschlagprozess Friedländer verurteilte der Vorsitzende nach mehr als dreistündiger Beratung folgendes Urteil: Der Angeklagte Manasse Friedländer wird wegen Totschlages in zwei Fällen und wegen unbefugten Besizes und Führung einer Schusswaffe zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Die Unterjuchungsfrist wird voll angerechnet. Das Gericht ist damit mit dem Antrag des Staatsanwalts hinausgegangen, der nur fünf Jahre Gefängnis unter Ablehnung der Bewährungsfrist, aber unter Aufhebung mildernder Umstände, beantragt hatte. Zweijährig hat die leistungsfähige Haltung des Angeklagten vor Gericht mit dazu beigetragen, daß keine Richter über den Antrag des Anwaltsvertrreters hinausgingen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Brandt, hatte auf Freispruch plädiert, indem er Notwehr und Bewußtseinssträubung im Sinne des § 51 als vorliegend erklärte.

Holz-Auktion

Sonnabend, den 6. Juli, vormittags 10 Uhr sollen im Forstrevier **Albrechtshäide** ca. 300 RM kiefernes Brennholz an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden. Sammelplatz: Jagdhäus Hülshelm.

Mehrere Ztr. Hen verkauft billig Frau Sack, Weinbergstr.

Rüchchenkanten empfiehlt Richard Arnold

Arbeitsburschen stellt sofort ein S. Gutheil, Maschinbau

Kostenanschlag-Formulare empfiehlt ab Lager Rich. Arnold.

Fahren Sie das rassige, fetmollende Triumph-Motorrad!



Selbst unsere steuern- und führungsfreie Type sieht wie eine schwere Sportmaschine aus. So wichtig und elegant wirkt das Triumph-Motorrad in seinen formvollendeten Linien.

Eine Maschine mit der Kraftreserve eines großen Wagens — ein Titan an Widerstandskraft und Strapazierfähigkeit!

Das Ideal Jedes Kenners des Motorradportes, der Wunsch der sportfreudigen Dame!

Sicherheit und Zuverlässigkeit mit Schönheit vereinigt!

Unser Triumph-Ratorsystem macht jedem die Anschaffung leicht.

Verlangen Sie Prospekt beim nächsten autorisierten Triumph-Händler oder direkt beim Werk Nürnberg.

Preis:
Steuern- und führungsfreie Type und Sportmaschine 300 cm Modell K 8
9 Preis RM. 850.
Touren- und Sportmaschine 300 cm Modell K 10
und 11 Preis 950.—

TRIUMPH
DAS MOTORRAD HÖCHSTER QUALITÄT
TRIUMPH WERKE NÜRNBERG A-G
Vertreter
Fahrrad-Hoffmann, Kemberg

Junges fettes **Kammelfleisch** empfiehlt Louis Richter

Prima frisches **Sammel- und Rindfleisch** empfiehlt Ernst Bachmann

Prima junges fettes **Rindfleisch und frische Flecke** empfiehlt Rich. Krausemann

frisches **Sammel- und Rindfleisch** empfiehlt Otto Harnisch

Dienstag früh **lebend frischer Goldbarsch** (in Eispackung) Paul Mierhschte

Empfehle **1a Fettbällinge** ger. Schellfisch ger. Lachsringe

1a. Matjesheringe neue Kartoffeln neue saure Gurken

Reinhold Hartmann, Delikatengeschäft

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Bund deutscher Kriegsteilnehmer- und Republikaner
Dienstag, den 2. Juli, abends 9 Uhr im Bürgeraal

Versammlung Betr. Fahrt nach Berlin und Rotta

Ergehen aller Kameraden ist unbedingt Pflicht.
Der Vorstand

M.-T.-V. Mittwoch, den 3. Juli, abends 1/9 Uhr im Vereinslokal (Hotel Palmbaum)

Versammlung (Zurzeit betr.)

Pünktliches Ergehen aller Mitglieder ist erwünscht.
Der Vorstand

Am 13. und 14. Juli feiern wir das Fest des 65jährigen Bestehens und der Turmhallen-Weibe. Viele Vereine haben unsere Einladung angenommen und ihr Erscheinen zugesagt. Um dem Fest nun ein ganz besonderes festliches Gepräge zu geben, richten wir an alle Einwohner die herliche Bitte, die Häuser und Straßen mit **Girlanden, Fahnen usw.** zu schmücken. Wir beschließen zu diesem Zweck fertig gebundene **Girlanden** kommen zu lassen. Der laufende Meter wird ca. 20—25 Pf kosten. **Bestellungen** werden bis **Freitag, den 5. Juli** bei den Turmbrothern **Paul Klabas, Richard Hamann und Willi Arnold** entgegengenommen.

Männer-Turnverein Kemberg

38. Ziehung wieder zum August-Markt am **21. August 1929**

Zerbster Pferdemarkt-Lotterie

Vorzügliche Gewinnchancen
Eröffnung der Gewinnausstellung **Sonnabend, den 17. August 1929**

Lose Stück 3,— Mark
Zu haben bei **Richard Arnold, Kemberg**
Leipziger Straße 64/65

Färberei u. chem. Reinigungsanstalt sucht in **Kemberg Annahmestelle.**
Bevorzugt **Textilwarengeschäft.** Geboten wird hohe Umsatzprovision. Offerten u. A 1673 an **Arthur Käfel, Delfau, Albrechtstraße 5**

Fliegenfänger zu haben bei **Richard Arnold, Leipziger Straße**

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: Samstags Sonntagsblatt und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Zeile 40 Pfg., Ausnahmestücke 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unendlich geschilderter oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird besonderer Vereinbarung. — Beilagengebühr: 10.— M., das Zeichnen, zusätzlich postgeblich. — Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 77

Dienstag, den 2. Juli 1929

31. Jahrg.

Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft. Anordnung.

Meine auf Grund des § 3 der dritten Verordnung über die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft vom 13. Oktober 1927 getroffene Anordnung vom 8. Dezember 1927 — I. W. 8598/27 —, nach der in der Stadtgemeinde Kemberg die Vorschriften vom 26. Juli 1923 nebst den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen weiterhin Anwendung finden, hebe ich auf Antrag des Magistrats in Kemberg hiermit auf.

Merseburg, den 18. Juni 1929.

Der Regierungspräsident.
Grüner.

Vorstehende Anordnung ist am 29. Juni bei uns ein-
geht.



oben.
Mitte.
unten.

die in
gehend
ebend
Kon-

alten
er der
angen
er.

nt.
er die
sigen

Die Anordnung, dass die Verwirklichung des Gesetzes wurden 203, dagegen 166 Stimmen abgegeben. Unter Beifalls-
stimmten der Kommunisten, Deutschnationalen und Nationalsozialisten stellte Reichspräsident Erzel fest, daß die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht und das Gesetz abgelehnt worden sei. Das Republikgesetz tritt demnach am 22. Juli außer Kraft.

Reichsminister Severing meldete sich sofort zum Wort und erklärte, daß durch die Ablehnung eines Gesetzes die deutsche Einheit gefährdet sei, die auszufüllen angesichts der Gesamtheit in Deutschland unerlässlich sei. Er werde bei Wiederzusammentritt des Reichstages eine neue Vorlage einbringen. Von den Kommunisten und Nationalsozialisten wurden die Ausführungen des Ministers mit tosendem Lärm beantwortet.

Zahlreiche Beifimpfungen wurden dem Minister zugehört, namentlich von den Nationalsozialisten. Es drohte sich ein Handgemenge zu entwickeln. Unter großer Erregung im ganzen Saale unterbrach Reichspräsident Erzel die Sitzung.

Severing verteidigt auf Artikel 48.
Nach Wiedereröffnung der Sitzung wies Reichsinnenminister Severing darauf hin, daß auch die Wirtschaftspartei, die jetzt das Gesetz zum Scheitern gebracht habe, in seiner Eigenschaft als preussischer Innenminister erachtet habe, in unruhigen Zeiten für den Schutz des Mittelstandes einzutreten.

Die Reichsregierung werde auch künftig dem Treiben der Kommunisten und Nationalsozialisten nicht untätig zusehen. Wenn ihre die Waage dieses Gesetzes vorübergehend aus der Hand geschlagen sei, werde sie sich daran erinnern, daß auch die Verfassung auf 48. Artikel biete, und im Augenblick der Gefahr auf Artikel 48 zurückgreifen.

Von den Sozialdemokraten wurde diese Erklärung mit feindseligem Beifall und Händeklatschen aufgenommen, während die Kommunisten „Nieder!“ und „Tot Front!“ riefen.

Protest gegen die Kriegsschuldfrage.
Der Reichstag schloß dann in einer Nachtigung seine Verhandlungen ab und ging in die Sommerferien. Die

Widerruf der Kriegsschuldfrage.

Aufus des Reichspräsidenten und der Reichsregierung.

von Berlin, 28. Juni.
Der Reichspräsident und die Reichsregierung haben zum 28. Juni folgenden Aufus erlassen:

An das deutsche Volk.

Der heutige Tag ist ein Tag der Trauer. Zehn Jahre sind verflohen, seit in Versailles deutsche Friedensunterhändler gezwungen waren, ihre Unterschrift unter eine Urkunde zu setzen, die für alle Freunde des Rechts und eines wahren Friedens eine bittere Enttäuschung bedeutete. Zehn Jahre laßt der Vertrag auf allen Schichten des deutschen Volkes, auf Geistesleben und Wirtschaft, auf dem Werk des Arbeiters und des Bauern. Es hat zäher und angestrengter Arbeit und einmütigen Zusammenstehens aller Teile des deutschen Volkes bedurft, um wenigstens die schwersten Auswirkungen des Versailles Vertrages abzumildern, die unser Vaterland in seinem Dasein bedrohten und das wirtschaftliche Gedeihen ganz Europas in Frage stellten.

Deutschland hat den Vertrag unterzeichnet, ohne damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei. Dieser Vorwurf läßt unter deutsches Volk nicht zur Ruhe kommen und föhrt das Vertrauen unter den Völkern. Wir wissen uns eins mit allen Deutschen in der Zurückweisung der Behauptung der alleinigen Schuld Deutschlands am Kriege und in der festen Zuversicht, daß dem Gedanken eines wahren Friedens, der nicht auf Diktaten, sondern nur auf der übereinstimmenden und ehrlichen Ueberzeugung freier und gleichberechtigter Völker beruhen kann, die Zukunft gehört.

Berlin, den 28. Juni 1929.

Der Reichspräsident, gen. v. Hindenburg.
Die Reichsregierung, gen. Müller, gen. Stresemann, gen. Groener, gen. Curtius, gen. Dr. Wittich, gen. Dr. Schäfer, gen. Wiffell, gen. Dr. Hüfeland, gen. Seering, gen. Dietrich, gen. v. Guérard, gen. Dr. h. c. Stegerwald.

Geheimwürde über den Vermählungszwang und die Ermächtigung zur Inkraftsetzung einer deutsch-französischen Vereinbarung wegen des Wehkolles wurden auch in dritter Lesung und in der Schlusabstimmung angenommen. Ebenso wurde der Etat mit 243 gegen 152 Stimmen bei einer Enthaltung einstimmig verabschiedet.

Präsident Erzel schloß die Tagung des Reichstages mit einer Kundgebung zur Erinnerung an das vor zehn Jahren abgeschlossene Versailles Friedensabkommen.

Der Protokoll, so erklärte er, den vor zehn Jahren die deutsche Regierung gegen die Verschuldung von der Allieierten Schuld Deutschlands am Kriege erhoben habe, beziehe sich heute noch fort.

Auch sonst mehrten sich in der ganzen Welt die Stimmen, die sich gegen die Verschuldung wandten. Der Präsident gab der Hoffnung Ausdruck, daß es der weiteren Klärung der Angelegenheit zu bringen. Die Abgeordneten hatten sich während der Erklärung von den Plätzen erhoben, während die Kommunisten den Saal verlassen. Der Präsident erhielt am Schluß der Sitzung, die ununterbrochen 15 Stunden bis 1 Uhr morgens gedauert hatte, die Ermächtigung, den Reichstag für eine Spätmittagssitzung, deren Termin noch nicht feststeht, einzuberufen.

Haushalt 1929 angenommen.

Die Zustimmung des Reichstages.

Der Reichsrat beschloß sich mit den Beschloßen des Reichstages zum Haushalt für 1929. Der Reichsrat beschloß, den Beschloßen zuzustimmen und keinen Einspruch einzulegen.

Der Reichsminister, Ministerdirektor Dr. Bracht, gab einen Ueberblick über die Beschloße des Reichstages, der auf den größten Teil der Steuervorlagen verzichtet und statt dessen Kürzungen am Staatshaushalt und andere Maßnahmen vorgezogen habe.

„Räumt endlich deutschen Boden!“

Die große Kundgebung der bürgerlichen Parteien in Köln
+ Köln, 28. Juni.

Die Deutschnationalen Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, die Zentrumspartei, die Deutsche Demokratische Partei sowie die Reichspartei des deutschen Mittelstandes hatten die Kölner Bevölkerung am Vorabend des zehnten Jahrestages der Unterzeichnung des Versailles Vertrages zu einer Kundgebung gegen die Kriegsschuldfrage auf dem Domplatz aufgerufen.

Tausende, Kopf an Kopf, füllten den weiten Platz vor dem Dom, dicht gedrängt noch die Zugangsstraßen zum Dome verengend. Die oberen Klänge der Schallkörper vom Rhein klangen das über ein Gewaltiges Brausen über

den Platz dann, vom Kölner Männergesangsverein geleitet, den Chor „Flamme empor“.

Sodann gab der Stadtverordnete der Zentrumspartei, Schaeven in kurzen Umrissen ein Bild der großen weltgeschichtlichen Ereignisse der letzten 15 Jahre. Er erinnerte an die furchtbare Zeit, die mit der Verlesung des Rheinlands heringebrochen war, und an die schweren Kämpfe in der Zeit der Herrschaft der Separatisten. Er führte dabei aus: „Andern wir laut und feierlich ein Gesamtvertrauen zum christlichen Frieden ablegen, weisen wir in tiefster Sorge darauf hin, daß die Welt immer noch in Waffen steht. Die Abrüstung ist in Deutschland durchgeführt. Wir verlangen die Abrüstung der andern. Große Teile des Rheinlandes leben noch heute unter der fremden Besatzung. Macht die Völkerei zu wirklicher Verständigung! Räumt endlich deutschen Boden!“

Der Redner erhob jodann feierliche Bematung gegen die im Friedensvertrag eindeutig festgelegte Schuld des deutschen Volkes am Weltkriege. Er erhob die Forderung nach einer Revision des Vertrages von Versailles, der mit der Schuldbestimmung flöhe und falle. Brandende Zustimmung aus diesen Kundgebungen. Am Schluß seiner Rede führte er aus: „In Freiheit und Gerechtigkeit wollen wir unser Reich bauen, bereit zum friedlichen Wettkampf mit den Völkern der Erde. Herr, mach uns frei!“

London aufs höchste überrascht.

London, 29. Juni.

Der Beschluß der französischen Regierung, kurz vor dem Zusammentritt der diplomatischen Konferenz und vor dem Fallsetzung der französischen Schuldverpflichtung an die Vereinigten Staaten die Aufnahme neuer Verhandlungen mit Washington zu versuchen, hat in London überaus überrascht.

Die Morgenblätter nehmen wegen der Äußerung der Zeit in diesem neuen Schachspiel noch keine Stellung, doch ist nicht daran zu zweifeln, daß sie wie auch weltweite politische Kreise in England der in den verschiedenen Pariser Berichten zum Ausdruck kommenden Ansicht zustimmen, daß es sich hierbei um einen von der Kammer der Regierung ausgehenden Schachzug handele.

Veinard selbst glaube, wie verschiedentlich betont wird, nicht an einen Erfolg dieser neuen Bemühungen.

Die Nachrichten aus Washington, über die man in London verfügt, läßt diese Ansicht vollumfänglich bestätigen. Die Festigkeit, die man in Washington dem französischen Vorschlag gegenüber nach dieser Ansicht zeigen wird, würde den Franzosen in gleichem Ausmaß begegnen, wenn sie einen Versuch unternähmen löhnten.

auch die Ratifizierung des Abkommens mit England zu verhindern oder eine Abänderung dieses Abkommens zu erreichen.

Frankreichs Amerika-Schulden.

Die französische Kammer wünscht Verhandlungen über Finanzschiebung des Versaillesvertrages mit Amerika.

Die französische Kammer hatte sich am Schluß ihrer Sitzung mit der Festlegung des Datums für die Beratung der Interpellationen über die Ratifizierung der internationalen Schuldensatzung abgeben.

Ministerpräsident Veinard verlangte, daß die kolonialen Interpellationen weiterbehandelt und die Anfragen über die Ratifizierung zurückgestellt werden, da die Arbeiten der Kammerausschüsse für Finanzen und auswärtige Angelegenheiten noch nicht abgeschlossen seien. Hierauf schloß unter großer Spannung des Saales Francin-Bouillon den Antrag, die Regierung solle mit der Regierung der Vereinigten Staaten neue Verhandlungen über die Verschuldung des Versaillesvertrages für die amerikanischen Kriegsschulden vom 1. August auf den 31. Dezember eröffnen. Da dieser Antrag von allen Vätern mit ungeheurer Beifall angenommen wurde, ließ sich Ministerpräsident Veinard zu der Erklärung veranlassen,

daß er zu solchen Verhandlungen bereit sei, wenn er sich auch wenig Erfolg davon verhoffe.

Er verlangte nun die Ueberweisung des Antrages Francin-Bouillon an den Finanzausschuß der Kammer. Ein Antrag Leon Blum, in die Interpellationsausfrage der Ratifizierungsgesetze einzutreten, wurde, ohne daß die Regierung die Vertrauensfrage gestellt hätte, mit 476 gegen 113 Stimmen abgelehnt. Die Kammer beauftragte den Finanzausschuß, sofort zur Beratung des Francin-Bouillonischen Antrages zusammenzutreten.

Die Nachsichtigung.

Die Kammer nahm in der folgenden Nachsichtigung, die am 0.15 Uhr zu Ende ging, den von ihrem Finanzausschuß umgearbeiteten Antrag Francin-Bouillon, der die Regierung um neue Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten zum Finanzschiebung des Versaillesvertrages vom 1. 8. erucht, durch Fortbauheben an. Die Abgeordneten Chappelle und Paul-Boncourt erklärten im Namen der Ausschüsse für Finanzen und auswärtige Angelegenheiten deren Zustimmung zu dem abgeänderten Antrag Francin-Bouillon, dessen Abänderungen auf Vorhänge des Finanzrepäsentanten und früheren Innenministers für Finanzen im Kabinett Celland, Francois Pietri, zurückzuführen sind.